

Notenbeispiel 7: Agnus Dei, Takt 90 - 102

Sopran
Do-na pa - cem. Do - na no-bis pa - cem.

Alt
Do-na pa - cem. Do - na no-bis pa - cem.

Tenor
Do-na pa - cem. Do - na no-bis pa - cem.

Bass
Do-na pa - cem. Do - na no-bis pa - cem.

Geist der Romantik heraus, Grenzen zu sprengen und neue Wege zu gehen, um den Ausdruck zu intensivieren. Dazu dient ihm das große Spektrum an Tonarten ebenso wie zum Beispiel die unerwartete A-cappella-Stelle im Kyrie. Das Schaffen vieler Klostermusiker orientierte sich eher an einer soliden Bewahrung traditioneller Kompositionsmuster als an großer Innovationsbereitschaft. Im Vergleich dazu beschreitet Pittrich geradezu kühne neue Wege: Das Agnus Dei und damit ein ganzes Werk mit einem offenen, labilen Schluss auf der Dominante zu beenden, ist satztechnisch und harmonisch ein Aufbegehren gegen geltende Regeln, hat aber wohl pro-

grammatischen Charakter: »Dona nobis pacem«, die Bitte um Frieden, war und ist nie abgeschlossen, sondern muss stets erneuert werden.

Anmerkungen:

¹⁴ Johann Mattheson: Das Neu=eroeffnete Orchestre. Hamburg 1713, S. 60 ff., zit. nach Werner Auhagen: Studien zur Tonartencharakteristik in theoretischen Schriften und Kompositionen vom späten 17. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. Frankfurt a. M. u. a. 1983, S. 20.

¹⁵ Horst Leuchtmann/Siegfried Mauser (Hgg.): Messe und Motette (= Handbuch der musikalischen Gattungen, Bd. 9). Laaber 1998, S. 233 f.

Anschrift des Verfassers:

Klaus Mohr, Höhenringstraße 6, 82256 Fürstentfeldbruck

Zur Entnazifizierung im Landkreis Fürstentfeldbruck

Teil 2: Prominente Einzelfälle

(2. Teil)

Von Peter Bierl

(Schluss)

SA-Angehörige vor der Spruchkammer

Neben der NS-Kreisleitung, den Ortsgruppenleitern und Bürgermeistern zählten SA- und SS-Funktionäre zu den prominentesten Fällen, die die Brucker Spruchkammer verhandelte. Ein wesentlicher Aspekt in den Verfahren gegen SA-Angehörige war die Behandlung politischer Gegner im Frühjahr 1933. Die SA verhaftete im Landkreis in dieser Phase mehr als 100 politische Gegner und jüdische Bürger, viele von ihnen wurden misshandelt. Der Sozialdemokrat Schäflein war eines ihrer ersten Opfer.¹⁰⁴

Im März 1933 holen fünf SA-Männer Josef Schäflein aus seiner Wohnung. Mit Gewehrkolben, Knüppeln und Stöcken schlagen sie auf ihn ein. Sie treten dem Opfer mit Stiefeln und Absätzen ins Gesicht, auf den Kopf und in den Leib. Schäflein ist blutüberströmt, hat Löcher im Kopf, die Nase steht schief. Die Nazi schleppen Schäflein zu einem Lastwagen, werfen ihn auf die Ladefläche, wo er von anderen SA-Männern erneut misshandelt wird, bis er bewusstlos liegen bleibt. Schäflein und ein weiteres Opfer wer-

den zum Amtsgefängnis in Fürstentfeldbruck gefahren, dort vom Wagen geworfen und mit Fußtritten ins Büro getrieben.¹⁰⁵

Drei Wochen musste Schäflein in Bruck im Gefängnis bleiben, der Bezirksarzt untersuchte und verband ihn. Bezirksamtmann Sepp erreichte Anfang April 1933, dass Schäflein freigelassen wurde, weil dieser lebensgefährlich verletzt sei. Schäflein lag acht Wochen im Schwabinger Krankenhaus. Eineinhalb Jahre blieb er in ständiger Behandlung und verlor das Augenlicht auf der linken Seite. Seinen Beruf als Zimmermann konnte er nicht mehr ausüben. In Gröbenzell wurde er gemieden, nachdem die Nazis an ihm ein Exempel statuiert hatten. Schäflein hielt sich und die vierköpfige Familie mit Gelegenheitsarbeiten über Wasser, die Schwiegereltern halfen aus. Er litt zeitlebens seelisch und körperlich unter den Folgen des Überfalls und musste sich ärztlich behandeln lassen. Schäflein starb 1981 in Fürstentfeldbruck.¹⁰⁶

Im Entnazifizierungsverfahren gestand der Gröbenzeller SA-Hauptsturmführer Anton Bauer: »Es stimmt, dass ich Herrn Schäflein geschlagen habe, und zwar aus persönlichen Gründen.«¹⁰⁷ Er habe ihn mit einem Gummischlauch verprü-

gelt, weil Schäflein und andere Reichsbanner-Leute angeblich zwei SA-Männer auf einer Versammlung blutig geschlagen hätten. Bauer erklärte, er habe die beiden Opfer, Schäflein und Josef Amler, ebenfalls SPD-Mann, nach Bruck ins Gefängnis gebracht.¹⁰⁸

Bauer wurde 1892 in Aubing geboren und im Oktober 1913 Soldat. Nach dem Weltkrieg arbeitete er als Polizist und bei der Heereszivilverwaltung. Die Kollegen dort hätten ihn 1928 zum Eintritt in die NSDAP veranlasst, behauptete Bauer im Spruchkammerverfahren. Von 1921 bis 1928 gehörte er dem faschistischen Bund Oberland an und war Blutordens-träger, also Teilnehmer des Hitlerputsches vom 9. November 1923. Bauer behauptete im Entnazifizierungsprozess, er habe an dem Tag lediglich in der Max-II-Kaserne in Bereitschaft gestanden. 1930 trat er der SS bei und erhielt den Rang eines Truppführers. 1932 wurde er SA-Mitglied und 1937 Hauptsturmführer.¹⁰⁹ In der Gröbenzeller NSDAP fungierte Bauer als Ausbildungsleiter und Ortsgruppenamtsleiter. Kreisleiter Emmer bescheinigte ihm 1942, sich seit Gründung der NSDAP-Ortsgruppe Gröbenzell als SA-Mann »in ganz hervorragender Weise bewährt« zu haben.¹¹⁰ Nach den Angaben auf dem Arbeitsblatt der Lager-Spruchkammer Augsburg-Göggingen war Bauer auch Mitglied der »Deutschen Glaubensbewegung«, der antichristlichen Organisation der NSDAP, gewesen und hatte 1920 der KPD angehört.¹¹¹

Die Spruchkammer stufte Bauer im Dezember 1948 als Belasteten, Gruppe 2, ein und verhängte ein Jahr Internierungslager. Er sollte seine Pension verlieren und 30 Prozent des Vermögens.¹¹² Der öffentliche Kläger hatte Gruppe 1 und dreieinhalb Jahre Arbeitslager gefordert. Die Berufungskammer München bestätigte den Spruch am 18. August 1949. Bereits im Mai 1949 verurteilte das Schöffengericht München den ehemaligen SA-Mann aufgrund einer Anzeige Schäfleins zu zehn Monaten Haft.¹¹³ Bauer starb im Dezember 1950.

Der Olchinger SA-Hauptsturmführer Max Ritschel schob im Spruchkammerverfahren die Verantwortung auf den SA-Sonderkommissar Marquardt in Bruck und den Olchinger Ortsgruppenleiter Max Kergl und belastete die SA-Männer Bauer und Georg Moll. Marquardt und Kergl hätten ihn im Frühjahr 1933 mit den Verhaftungen beauftragt. Zu den brutalen Übergriffen befragt, beteuerte Ritschel, er habe nicht gewollt, dass »die Gewaltanwendung sich zu brutalen Misshandlungen« steigert.¹¹⁴ Auch betroffene SPD- und KPD-Politiker bescheinigten ihm »korrektes Verhalten« und Toleranz, insbesondere der Olchinger KPD-Gemeinderat und erste Spruchkammer-Vorsitzende Loichinger. 14 Monate Internierungslager seien Strafe genug, fand Loichinger und hielt ihm zugute, der einzige Nazi im Landkreis gewesen zu sein, der sich nach 1945 offen dazu bekannte.¹¹⁵ Zum Fall Schäflein erklärte Ritschel, er habe ihn bloß aus der Wohnung geholt und zu einem Lastwagen gebracht, mit dem Brucker SA-Leute den Sozialdemokraten abtransportierten.¹¹⁶

Wesentlich detaillierter äußerte sich Ritschel drei Monate später in der Verhandlung gegen Bauer, den er damit schwer belastete. Bauer sei unter den SA-Männern gewesen, die mit dem Lastwagen kamen, erzählte er. »Ehe ich mich versah, sind diese Leute über Schäflein hergefallen und haben ihn geschlagen. Ich habe mich sofort ins Mittel gelegt, aber die Sache ging so überraschend schnell. Bauer war unter den Leuten, die auf Schäflein eingeschlagen haben, daran kann ich mich mit Bestimmtheit erinnern. Daß es bei einem Schlag geblieben ist, glaube ich nicht. Ich habe die Leute auseinandergetrieben und mich des Schäflein angenommen.« Er habe

den Verletzten zum Lastwagen geführt, »damit war mein Auftrag beendet«.¹¹⁷

Der NSDAP und der SA war Ritschel 1930 beigetreten, »freiwillig und aus idealistischen Gründen«, erklärte er der Spruchkammer. Ortsgruppenleiter Kergl bescheinigte ihm 1935 »Mut und aufopfernde Hingabe« in den Kampfjahren, in denen er Versammlungen gegen feindliche Übermacht geschützt habe. In Anerkennung seiner Verdienste sei Ritschel zum Gemeinderat ernannt worden.¹¹⁸ Zwei Jahre später ließ Kergl Ritschel wegen disziplinwidrigen Verhaltens als politischen Leiter absetzen.¹¹⁹ Die Spruchkammer stufte Ritschel 1948 als Mitläufer ein und gewährte ihm die Weihnachtsamnestie.¹²⁰

Im Regelfall der hier untersuchten Vorgänge stellten sich Nazis gegenseitig »Persilscheine« aus oder traten als Entlastungszeugen auf. Ritschel machte insofern eine Ausnahme, als er andere schwer belastete. Außer Bauer, Marquardt und Kergl belastete er den ebenfalls aus Olching stammenden SA-Sturmführer Georg Gottlob Moll. Ritschel machte ihn für die Verhaftung und wie Bauer für die Misshandlung politischer Gegner im Frühjahr 1933 verantwortlich. Moll, Jahrgang 1893, war am 1. Januar 1931 der NSDAP und am 1. August 1932 der SA beigetreten.¹²¹ Am Aufbau der Nazi-partei in Olching habe er sich »aus reinem Idealismus« beteiligt.¹²² Im Februar 1933 wurde er zum SA-Sturmführer befördert. Von 1933 bis 1937 diente er als Oberfeldmeister beim Reichsarbeitsdienst, überwarf sich aber eigenen Angaben zufolge mit der Führung und diente wieder als SA-Sturmführer. In der Spruchkammerverhandlung im Oktober 1946 behauptete Moll, er habe sich bei Kriegsausbruch vom Nationalsozialismus abgewandt. Als Volkssturmführer habe er später »nicht für die Partei, sondern für Deutschland« agiert.¹²³

Als Ritschel im Zeugenstand erklärte, Moll habe 1933 vorge-schlagen, politische Gegner zu verhaften, reagierte Moll völlig überrascht. »Ich weiß von nichts«, behauptete er.¹²⁴ Schon bei einer Vernehmung zuvor hatte Ritschel ausgesagt, Moll habe sich überall hervortun wollen und »trieb besonders gern zu Schlägereien mit Parteigeegnern«.¹²⁵ Eine Reihe von Olchingern schilderte den vormaligen SA-Sturmführer Moll als brutalen, gefürchteten und versoffenen Fanatiker und erzählte, dass Moll als Führer des Volkssturms den Ort habe halten wollen. Noch als die US-Truppen bei Graßlfing standen, hätten Moll und ein weiterer SA-Mann zwei Kisten mit Panzerfäusten durch den Ort geschleppt und getönt, sie wollten gegen die Amis kämpfen. Die Zeugen S. und K. erzählten, sie hätten Moll am 30. April 1945 zusammen mit anderen aufgefordert, keinen Widerstand zu leisten. Moll habe sie deswegen am Nachmittag im Parteibüro im Beisein von Soldaten bedroht.¹²⁶

Moll selbst behauptete, er habe am 28. April morgens alle Waffen abgegeben und sei nach Gröbenzell zum dortigen Ortsgruppenleiter gefahren. Kreisleiter Emmer habe telefonisch angeordnet, er solle nach Olching zurückfahren und sich wieder bewaffnen. Dort habe er sämtliche Leute, die an der Entwaffnung beteiligt waren, vernommen, in Anwesenheit eines Leutnants und zehn Mann. Er habe die Waffen wieder bei der Gendarmerie abgeholt, einschließlich der Panzerfäuste, und am Abend in einer Besprechung mit Zugführern Verteidigungsmaßnahmen angeordnet. Als er am nächsten Morgen gesehen habe, dass sich die Wehrmacht zurückzog, habe er den Schlüssel zur Kammer, in der sich die Waffen befanden, einem Gendarmen gegeben und sei mit dem Rad wieder nach Gröbenzell gefahren.¹²⁷ In einer eidesstattlichen Erklärung versicherten neun frühere Volkssturmmangehörige

aus Olching, sechs davon nach eigenen Angaben ehemalige NSDAP-Mitglieder, dass Moll nicht bis zuletzt habe kämpfen wollen.¹²⁸

Unter dem Vorsitz Loichingers wurde Moll von der Spruchkammer als Hauptschuldiger, Gruppe 1, zu sieben Jahren Arbeitslager verurteilt und sollte sein ganzes Vermögen verlieren.¹²⁹ Moll profitierte jedoch wie viele andere von der Intrige gegen Loichinger. Die Berufungskammer rügte das Verfahren als formal fehlerhaft, da zeitweise nur der Vorsitzende und fünf Beisitzer verhandelt hätten, und entschied, dass der Prozess wiederholt werden müsse.¹³⁰

Zwei Jahre später wurde im Brucker Amtsgericht unter dem Vorsitz Josef Baumgärtners erneut verhandelt. Wieder wurde Moll als »überzeugter und aktiver Nazi« und Fanatiker charakterisiert, der die SA in mehreren Orten organisiert und Gegner mit Fäusten und Waffen traktiert habe. Dennoch wurde Moll in die Gruppe 2 der Aktivisten herabgestuft und kam mit zweieinhalb Jahren Haft davon. Von seinem Vermögen sollte nur ein Viertel eingezogen werden.¹³¹ Moll legte Berufung ein und wandte sich gegen den Vorwurf, einen Herrn K. denunziert zu haben. Der vorsitzende Richter der Berufungskammer hielt ihm ein Dokument vor, wonach Moll den Mann freiwillig bei der Gestapo gemeldet hatte, worauf dieser seinen Einspruch zurückzog.¹³²

Die SS-Männer Friedinger und Stölzle

Eine entscheidende Frage in den Verfahren gegen SS-Angehörige war, ob sie im KZ Dachau gedient hatten. Josef Friedinger aus Wildenroth und Karl Stölzle aus Bruck leugneten dies mit Erfolg. Beide wurden als Mitläufer eingestuft und kamen straflos davon. Josef Friedinger wurde 1911 in Wildenroth geboren und lernte das Schlosserhandwerk. Weil er 1931 erwerbslos wurde und nur Gelegenheitsjobs bekam, sei er »für Versprechungen und Verlockungen« zugänglich gewesen und ein »Opfer dieser Propaganda« geworden, erklärte Friedinger im Entnazifizierungsverfahren. Im Februar 1932



Josef Friedinger aus Wildenroth in SS-Uniform

Foto: Bundesarchiv Berlin

trat Friedinger nach einer Versammlung der NSDAP und der SS bei, was ihm Jobs bei Parteigenossen bescherte.¹³³

1933 wurde er zur Grenzpolizei geschickt und im Juli zum SS-Totenkopfbataillon nach Dachau zur militärischen Ausbildung versetzt. »Infolge eines Sportunfalls wurde ich Zivilbegleiter im Fernheizwerk Dachau-Übergangslager«, schrieb Friedinger 1948. In dieser Rechtfertigungsschrift machte er über seine weitere Karriere detaillierte Zeitangaben, nur zwischen Juli 1933 und April 1936 klafft eine Lücke, es fehlen auch Angaben über den Unfall. 1942 wurde er zur Panzerwerkstättenkompanie nach Berlin-Lichterfelde eingesetzt und kämpfte ab 1943 an der Ostfront.¹³⁴ Er sei an keinen Gewalttaten beteiligt gewesen und »ein harmloser und friedfertiger Mensch«, urteilte Friedinger über sich. »Ich habe nur deswegen das Pech, einer verbrecherischen Organisation angehört zu haben, weil ich allein aus dem Motiv, meine verzweifelte Lebenslage in jungen Jahren auf ein bescheidenes menschliches Niveau zu bringen, der Partei und der SS beigetreten bin.«¹³⁵

Die Brucker US-Militärregierung bestätigte, dass Friedinger im SS-Übungslager Dachau als Kesselwärter tätig war – allerdings erst ab 1936. Im Juli 1933 sei Friedinger von der SS-Grenztruppe in Stuben am Tegernsee aber als Wachmann an das KZ Dachau abgestellt worden.¹³⁶ Diese Angaben werden durch Dokumente der SS-Standortverwaltung bestätigt. Demnach war Friedinger zunächst als Unterscharführer im KZ-Wachdienst, dann ab 1936 im SS-Übungslager tätig und arbeitete erst seit 1941 als Schlosser im Fernheizwerk der Standortverwaltung.¹³⁷ Friedinger selbst notierte im März 1935 in einem Fragebogen zur Erlangung der Heiratserlaubnis, er sei am 1. Juli 1933 »in das Konzentrationslager Dachau versetzt« worden.¹³⁸

Trotzdem übernahm die Spruchkammer Fürstenfeldbruck Friedingers Schutzbehauptung und hielt ihm zugute, als Erwerbsloser den Versprechen der Partei, wieder Arbeit zu bekommen, auf den Leim gegangen zu sein. Das Gremium unter dem Vorsitz Arthur Hantkes übernahm auch Friedingers Darstellung, er habe Pfarrer Rudolf Lasskorn nicht denunziert, der Vorfall sei ein Missverständnis gewesen.¹³⁹

In einem Bericht der Gendarmerie Grafrath vom September 1935 heißt es, der SS-Mann Friedinger »vom Konzentrationslager Dachau, SS-Wachtruppe Oberbayern«, sei erschienen und habe berichtet, er habe den Pfarrer wegen seines Familienbuches aufgesucht. Lasskorn habe ihn barsch behandelt, auf seinen Gruß mit »Heil Hitler« nicht reagiert und zu ihm »ja, Depp« geäußert. Von ihm zur Rede gestellt, habe der Pfarrer erklärt, bloß »ja, Sepp« gesagt zu haben. Friedinger, so heißt es in dem Gendarmeriebericht weiter, blieb aber bei seinem Vorwurf und habe die Angelegenheit seinen Vorgesetzten in Dachau gemeldet. Den Gendarmen habe Friedinger erklärt, ihm liege daran, den Pfarrer »zu einem Geständnis zu bringen, da seine vorgesetzte Stelle diesbezüglich Interesse habe.«¹⁴⁰

Die Spruchkammer hingegen bescheinigte Friedinger, sich »stets einwandfrei geführt« zu haben und »politisch oder aggressiv« nicht in Erscheinung getreten zu sein. Weil der Mann als SS-Angehöriger in Gruppe 2 hätte eingestuft werden müssen, nahm die Kammer zu seinen Gunsten an, er habe sich für Opfer und Gegner des NS-Regimes »unter persönlicher Gefahr« eingesetzt. Die Akte enthält zwei Bestätigungen, wonach Friedinger einen Menschen, der nach den faschistischen Rassengesetzen als Halbjude galt, in seine Wohnung aufgenommen und einem ehemaligen KZ-Häftling 1943 zur Wiederanstellung verholfen haben soll.¹⁴¹ Außerdem

fand die Kammer, dass fast drei Jahre Internierungslager genug Buße für Friedinger seien. Der ehemalige SS-Mann wurde als Mitläufer ohne weitere Strafe von der Kammer entlassen.¹⁴²

Friedingers Brucker SS-Kamerad Karl Stölzle profitierte von der Tendenz, dass die Täter desto milder behandelt wurden, je länger sich die Entnazifizierung hinzog. Stölzle war Mitgründer der SA und der NSDAP-Ortsgruppe in Fürstenfeldbruck und Wachmann im KZ Dachau gewesen. Dennoch schrieb Bürgermeister Neumeier 1949, das Gnadengesuch Stölzles werde von der Stadtverwaltung »wärmstens befürwortet«, weil sich der Betroffene seit dem Spruchkammerurteil »innerlich und äußerlich« vom Nationalsozialismus abgewandt habe und obendrein für sieben seiner zehn Kinder aufgenommen müsse.¹⁴³

Der Sozialdemokrat Neumeier war selbst von den Nazis ins KZ Dachau verschleppt worden und hatte im März 1947, vor Beginn des Prozesses gegen Stölzle, diesen als KZ-Wächter identifiziert. Stölzle habe »zu den anständigsten der damaligen Wachmänner« gehört. Er sei ein Altparteigenosse gewesen, der während der NS-Zeit »ein flottes Leben« geführt und dem Führer bis zuletzt die Stange gehalten habe.¹⁴⁴ Sieben Monate später, im Oktober 1947, sind Neumeier anscheinend Zweifel gekommen: Er habe, schrieb er nun, Stölzle zwar jeden Tag zusammen mit anderen SS-Männern aus Bruck gesehen. Ob Stölzle aber als KZ-Aufseher fungierte, »kann ich heute nicht mehr 100prozentig nachweisen; ich nahm aber bisher immer an, dass er als Wachmann in Dachau tätig war.«¹⁴⁵

In der Verhandlung vor der Brucker Spruchkammer im Oktober 1947 traten zwei weitere Zeugen auf, die Stölzle als KZ-Wächter identifizierten. Ludwig Schmidt aus Passau sagte aus, der Brucker SS-Mann sei beim Wachkommando »tonangebend« gewesen. Bei der Einlieferung habe Stölzle ihn angebrüllt: »Bist du da, du Schwein.« Der Zeuge war sich deswegen ganz sicher, Stölzle wiedererkannt zu haben, weil er und der Nazi zwei Jahre lang Kollegen gewesen waren.¹⁴⁶ Der SS-Mann bestritt den Vorwurf, Wachmann im KZ Dachau gewesen zu sein, und behauptete, lediglich zur Ausbildung das Lager betreten zu haben.¹⁴⁷ Als Stölzle 1936 als Wachmann an der Fliegerhorst-Baustelle in Fürstenfeldbruck eingesetzt wurde, legte die Bauleitung eine Stammkarte an und notierte, dieser sei vom 11. März bis zum 3. Oktober 1933 im KZ Dachau als Wachmann beschäftigt gewesen.¹⁴⁸

Stölzle, geboren 1903, soll ein Lehre als Kupferschmied absolviert haben, arbeitete als Hilfsmonteur beim Elektrizitätswerk in Bruck und wurde als Jugendlicher mehrfach wegen Diebstahl, Hehlerei und Sachbeschädigung verurteilt.¹⁴⁹ Im März 1929 trat er der SA bei, zwei Monate später der NSDAP. Im Juni 1931 wechselte Stölzle zur SS, wo er es während des Krieges bis zum Hauptscharführer bringen sollte. Im November 1934 beantragte der Fürsorgereferent des SS-Sturms 8/34 in Fürstenfeldbruck beim Marktgemeinderat, dem alten Kämpfer, der zu dem Zeitpunkt als Hilfsarbeiter beim *Völkischen Beobachter* angestellt war, die Stelle eines Hausmeisters zu geben.¹⁵⁰

Die Brucker Polizei registrierte im Dezember 1938, dass Hauptscharführer Stölzle in SS-Uniform mit Pistole am Gürtel und betrunken im Café Brameshuber Gäste belästigte. Er verlangte, ihm Schnaps zu spendieren. Einige taten es, andere gingen weg, notierte Polizeichef Johann Edin. Stölzle habe zudem einen Kartenspieler gepackt, behauptet, dieser sei Jude, und gedroht, ihn festzunehmen. Nach Angaben Edins misshandelte Stölzle sein Opfer, sodass Würgemale am Hals

zurückblieben.¹⁵¹ Aufschlussreich sind auch die folgenden Sätze Edins, weil sie dessen eigene Nähe zum NS-Regime zeigen. Stölzle habe sich in der »Kampfzeit« große Verdienste erworben, berichtete der Polizeichef. Mehrmals habe er nachts gesehen, wie Stölzle mit Kommunisten kämpfte. »Er liebt den Kampf, dies vielleicht der Grund, weshalb er jetzt so häufig aus der Rolle fällt, wodurch seine Verdienste um die Bewegung in den Schatten gestellt, das heißt geschmälert werden.« Im Rausch füge er dem Ansehen der Bewegung »grossen Schaden« zu, schrieb Edin.¹⁵² In der Verhandlung vor der Spruchkammer wurde auch ein Fall erwähnt, in dem Stölzle einen politischen Gegner misshandelt haben soll.¹⁵³ Stölzle behauptete, er habe 1939 die SS-Uniform abgegeben, als er zur Wehrmacht eingezogen wurde. 1943 sei er im Rang eines Feldwebels als Vater von acht Kindern entlassen worden und habe erneut den Fliegerhorst bewacht.¹⁵⁴ Den Unterlagen im Bundesarchiv zufolge wurde Stölzle 1943 zur Waffen-SS eingezogen. Am 17. April 1944 wurde er in Lodz mit einem Bombensplitter im linken Oberschenkel ins Lazarett eingeliefert und später nach St. Ottilien verlegt. Während Stölzle im Entnazifizierungsverfahren suggerierte, er habe mit der SS eigentlich seit Kriegsbeginn nichts mehr zu tun gehabt, heißt es in anderen Dokumenten, dass er im Juli 1941 zum SS-Oberscharführer und 1944 kurz vor seiner Verwundung zum Hauptscharführer befördert worden war.¹⁵⁵

Die Spruchkammer stufte ihn im November 1948 als minderbelastet ein und verzichtete auf eine Sühne, weil Stölzle von den Amerikanern interniert worden war. Zu seinen Gunsten waren etliche Entlastungszeugen aufgetreten, darunter mindestens zwei ehemalige NS-Parteigenossen. Die Kammer sah es als nicht erwiesen an, dass der SS-Mann zu den Wachmannschaften des KZ Dachau gehörte.¹⁵⁶ Stölzle richtete ein Gnadengesuch an die Hauptkammer, die ihn ein Jahr später zum Mitläufer erklärte.¹⁵⁷

Der Gröbenzeller Ortsgruppenleiter Steger

Steger sei der gefürchtetste Nazi von Gröbenzell gewesen, der keinen Widerspruch duldete und oft mit der Einlieferung in das KZ Dachau oder mit Erschießen drohte, heißt es in der Klageschrift.¹⁵⁸ Diese Angabe haben Zeitzeugen bestätigt. Steger sorgte 1933 für die Gleichschaltung der Gröbenzeller Vereine und setzte die neuen Feiertage des NS-Kalenders durch. Zum ersten Erntedankfest verfasste Steger sogar ein Theaterstück. Auf seine Initiative hin entstand in Gröbenzell das Mahnmal für die Toten des Ersten Weltkrieges.¹⁵⁹ Der Gröbenzeller Historiker Kurt Lehnstaedt hat recherchiert, dass der Ortsgruppenleiter Menschen jüdischer Herkunft unter Druck setzte. Im Rahmen der antisemitischen Kampagne nach der Reichspogromnacht 1938 bekamen die Gröbenzeller auf Anforderung der Ortsgruppe den antisemitischen Streifen »Juden ohne Maske« vorgeführt, den Walter Böttcher und Leo von der Schmiede im Jahr zuvor für die Reichspropagandaleitung gefertigt hatten. Lehnstaedt geht auch davon aus, dass auf Betreiben Stegers der jüdische Bürger Simon Erlanger nach der Pogromnacht verhaftet wurde.¹⁶⁰ Der Ermittler der Spruchkammer berichtete, dass der Ortsgruppenleiter veranlasste, dass ein Gröbenzeller zwangssterilisiert wurde. Drei Gestapomänner verschleppten das Opfer ins Nymphenburger Krankenhaus, wo der Eingriff vorgenommen wurde.¹⁶¹

Steger stammte aus Traunstein, Jahrgang 1892, und arbeitete als Bilanzbuchhalter bei der Firma Schörg in München. Im Mai 1932 trat er der NSDAP bei und avancierte schon im November zum Ortsgruppenleiter. Kreisleiter Emmer lobte

Steger mehrmals als bewährten Kämpfer.¹⁶² Gauleiter Adolf Wagner verlieh ihm 1942 das Kriegsverdienstkreuz Zweiter Klasse ohne Schwerter: »Parteigenosse Martin Steger hat als Ortsgruppenleiter der NSDAP die Kriegsaufgaben der Heimat tatkräftig und umsichtig gelöst.« Bis zuletzt blieb Steger seinem Führer treu. »Die Nazis, voran Ortsgruppenleiter Steger, waren in den letzten Tagen zu viel mit dem Gewehr in den Straßen sichtbar«, berichtete der Gröbenzeller Pfarrer Josef Auer über die letzten Kriegstage.¹⁶³ Am Sonntag, 29. April 1945, als US-Truppen nur noch wenige Kilometer entfernt waren, verhafteten einige Männer Ortsgruppenleiter Martin Steger und den NS-Bürgermeister. An manchen Häusern und auf dem Kirchturm wurden weiße Fahnen gehisst. Steger wurde in einer Hütte am Böhmerweiher festgehalten. Auf dem Weg dorthin, so berichtete ein Beteiligter, sei ein Trupp Infanterie entgegengekommen, dem Steger zurief: »Halt, Soldaten, ich bin der Ortsgruppenleiter von Gröbenzell. Die haben mich verhaftet, schießt die Kerle über den Haufen.« Einige Zeit später rückten SS-Verbände ein, nahmen einige Bürger als Geiseln und pressten den Ortsgruppenleiter frei.

Im Entnazifizierungsverfahren berichteten mehrere Zeugen, wie Steger danach durch den Ort zog, begleitet von SS-Männern, und missliebige Bürger mit der Pistole bedrohte. Auf einem Kübelwagen der SS stehend, soll er »wie der Führer selbst« durch den Ort gefahren sein und geschrien haben: »Euer Ortsgruppenleiter ist wieder da.« Steger ließ einige Bürger verhaften und drohte mit standrechtlicher Exekution.¹⁶⁴

Die Amerikaner internierten ihn zuerst in Maisach, dann bis Juni 1947 im Lager Moosburg. Vor der Spruchkammer bestritt Steger 1948, dass er Gröbenzell gegen die Amerikaner habe verteidigen wollen, und behauptete, er habe »die Hand über die Gröbenzeller Juden gehalten«. In seinem Schlusswort erklärte der frühere Ortsgruppenleiter der Spruchkammer: »Ich kann mit ruhigem Gewissen sagen, was ich getan habe, würde ich unter ganz gleichen Umständen noch einmal tun.«¹⁶⁵ Die Kammer bescheinigte ihm, ein Nazi »von Format« gewesen zu sein, »der auch heute noch mit dem Wahne des kleinen Diktators befangen ist«. Steger wurde als minderbelastet eingestuft und sollte 800 RM Buße zahlen.¹⁶⁶ Die Berufungskammer reduzierte den Betrag auf 300 RM, und die Hauptkammer erklärte den gefürchteten Mann im März 1950 zum bloßen Mitläufer.¹⁶⁷

Der Bezirksarzt Steger

Die Intention deutscher Politiker war es, durch das Entnazifizierungsverfahren möglichst viele Parteigenossen zu rehabilitieren und wieder in Amt und Würden zu bringen. Deshalb mischten sich Landräte, Bürgermeister und Minister immer wieder in Verfahren ein. Im Fall des Brucker Bezirksarztes Hans Steger engagierten sich der Fürstenfeldbrucker Bürgermeister Wachter (CSU), der ihm eine antinazistische Gesinnung attestierte, der Überprüfungsausschuss im Landratsamt, der Steigers Wiedereinstellung »aufs Wärmste« befürwortete, sowie der Regierungspräsident von Oberbayern, der Steger zusicherte, im Sonderministerium für Entnazifizierung zu intervenieren, um das Verfahren zu beschleunigen. Die Rehabilitation des Arztes sei »nicht unwahrscheinlich« und dessen »baldige Wiederverwendung im Verwaltungsinteresse erwünscht«.¹⁶⁸

Steger, Jahrgang 1884, hatte in München und Würzburg studiert und im Ersten Weltkrieg als Truppenarzt gedient. Ab 1927 war er Bezirksarzt in Illertissen, ab 1931 in Bruck. 1937

avancierte er zum Medizinalrat. Bis 1933 gehörte Steger der Bayerischen Volkspartei an. Er trat danach diversen NS-Organisationen wie dem Kolonialbund und dem Lebensborn bei. Erst 1940 wurde Steger Parteimitglied. Er sei »in Wort und Tat aber immer Gegner der NSDAP« gewesen, schrieb der Arzt 1946 in seinen Meldebogen und stufte sich als entlastet, allenfalls als Mitläufer ein.¹⁶⁹ In einem Brief an den Regierungspräsidenten von Oberbayern schrieb Steger: »Jahrelang habe ich dem Drängen zum Eintritt in die Partei und ihre Gliederungen Widerstand geleistet.« Mitglied des Kolonial- und des Luftschutzbundes sei er bloß geworden, weil Bezirksamtmann Sepp eines Tages Listen zum Eintragen in Umlauf gesetzt habe, »so daß ich mich als Amtsvorstand nicht gut um die Einzeichnung drücken konnte«. Im Dezember 1938 habe er eine Werbeschrift des »Lebensborn« bekommen; die sei so gehalten gewesen, dass man »nur den guten Zweck dieser Einrichtung erkennen konnte, aber nicht die Schattenseiten«.¹⁷⁰ Der »Lebensborn e.V.« war der von SS-Reichsführer Heinrich Himmler gegründete Menschenzuchtverein der SS. Die örtliche Militärregierung hatte Steger nach der Befreiung weiterarbeiten lassen. Zum Jahresende 1945 wurde er entlassen und bat den Überprüfungsausschuss um eine Unbedenklichkeitserklärung, die er auch erhielt.¹⁷¹ Die örtliche CSU sowie die SPD bescheinigten Steger, kein Nazi gewesen zu sein. »Er war als Amtsarzt nicht der Beste, aber Nazi war er bestimmt keiner«, befand die SPD. Die KPD schrieb in ihrer Stellungnahme, er sei angeblich Monarchist, aber viele Arbeiter hätten geklagt, er habe sie während der NS-Zeit rücksichtslos zugunsten der Rüstungsindustrie beurteilt.¹⁷² Der öffentliche Kläger Theodor Schrödl argumentierte, der späte Parteieintritt beweise, dass Steger »sehr lange dem Druck seiner vorgesetzten Dienststelle« widerstanden habe. Steger sei »kein überzeugter Nazi«, sondern sehr christlich.¹⁷³ Diese Angaben decken sich mit Berichten des NS-Kreisleiters: Steger sei sehr katholisch und unterliege kirchlichen Einflüssen.¹⁷⁴ Man könne »keinesfalls behaupten, dass er Nationalsozialist sei«.¹⁷⁵

Der Kläger plädierte dafür, den Bezirksarzt als Mitläufer einzustufen und eine Buße von 2000 RM zu verhängen. Weder die weiteren NS-Mitgliedschaften Steigers, insbesondere im Lebensborn der SS, noch dessen Verwicklung in Zwangssterilisationen wurden von Schrödl in seinem Bescheid erwähnt.¹⁷⁶ Dabei hatte Kreisleiter Emmer dem Bezirksarzt attestiert, nicht bloß sehr katholisch und ein »saugrober Mensch« zu sein, sondern auch außerordentlich fleißig. Steger erledige »sein schwieriges Aufgabengebiet bestimmt in nationalsozialistischem Sinne«.¹⁷⁷ Welche Aufgaben der fleißige Bezirksarzt im nationalsozialistischen Sinne erfüllte, geht aus mehreren Schreiben hervor, die der Entnazifizierungsakte beiliegen. Demnach hat Steger in mindestens zwei Fällen mit dafür gesorgt, dass Frauen zwangsweise sterilisiert wurden. Im Dezember 1936 drohte er einer 26-Jährigen mit der Polizei, wenn sie sich »nicht sofort zum operativen Vollzug« begeben würde. Die junge Frau war alleinerziehende Mutter von zwei Kindern und lebte von der Fürsorge. Das Erbgesundheitsgericht hatte angeordnet, sie »wegen angeborenen Schwachsinn« zu sterilisieren.¹⁷⁸ Steger sorgte sich, dass die Zwillingsschwester des Opfers den Mühen des NS-Apparates entgehen könnte. In einem Brief an den Germeringer Bürgermeister bat der Bezirksarzt um die Anschrift der Schwester, »damit nicht die Zwillingsschwester ungleich behandelt werden. Die Überprüfung der Genannten ist auch aus Gründen der Zwillingforschung von großer Bedeutung.«¹⁷⁹ Im zweiten Fall wandte sich der Rechtsanwalt des Opfers an

die Spruchkammer und berichtete über Steiger.¹⁸⁰ Aus der Akte geht nicht hervor, ob die Kammer in diesen Fällen ermittelte, und auch nicht, ob Steiger möglicherweise auch noch an anderen Aktionen des Regimes wie Euthanasie beteiligt war.

Steiger verteidigte sich mit der Behauptung, er habe schon als »Psychiatriegehilfe« an der Wirkung des Erbgesundheitsgesetzes gezweifelt und dessen Durchführung gebremst. Er habe alle Betroffenen auf den Rechtsweg aufmerksam gemacht, aber rechtskräftige Urteile umsetzen müssen. »Es ist selbstverständlich, daß nicht ganz selten trotz der Belehrung der eine oder andere unter Zwang der Durchführung zugeführt werden mußte.« Er sei gesetzlich verpflichtet gewesen, Anträge auf Unfruchtbarmachung einzubringen. »Gerade dieser Umstand hatte bei krankhaft veranlagten Menschenkindern den Eindruck der Böswilligkeit erweckt und hätte mir einmal fast das Leben gekostet, wie ich hier von einem Mitbürger, der vorher von dem Krankenhaus München-Schwabing aus über das Gesundheitsamt Fürstfeldbruck unfruchtbar gemacht worden war, vor Weihnachten 1926 [sic] mit einem Schlagring niedergeschlagen wurde und Nasenbeinbruch und Gehirnerschütterung davontrug.« Steiger betonte, es sei immer seine Maxime gewesen, jeden Fall gründlich zu untersuchen und anhand der gesetzlichen Grundlagen zu beurteilen. »Und das habe ich in und bei der Durchführung aller Gesetze des Dritten Reiches so gehalten.«¹⁸¹ Das Entnazifizierungsverfahren gegen Steiger wurde nicht abgeschlossen, weil der Arzt im Januar 1948 bei einem Unfall tödlich verunglückte.¹⁸²

Der Bauunternehmer Hebel

Das größte Zwangsarbeiterlager im Landkreis während der NS-Zeit bestand beim Bauunternehmer Josef Hebel in Emmering. Etwa 200 Erwachsene und 29 Kinder waren in den Baracken neben dem Porenbetonwerk von 1943 bis zur Befreiung 1945 untergebracht. Die meisten kamen aus Russland, der Ukraine, Polen und Litauen, sie waren verschleppt worden und mussten in dem Werk große Betonplatten für die Rüstungsindustrie herstellen. Am 28. August 1945 durchsuchte die Property Control Division der US-Armee den Firmensitz in Memmingen und stellte 1,3 Millionen Reichsmark in bar sicher.¹⁸³

Hebel wurde 1894 in Westerheim geboren, trat als Maurer mit 16 Jahren der Gewerkschaft bei und gehörte von 1918 bis 1926 der SPD an. In den zwanziger Jahren gründete er mit einem Kompagnon die Baufirma, ab 1927 war er selbständig. 1932 schloss sich Hebel der BVP an. Im Entnazifizierungsverfahren schrieb sein Anwalt, Hebel habe sich in Reden und Flugblättern gegen die Nazis gewandt und sei deswegen im Juni 1933 festgenommen worden. Nach zwölf Tagen habe er alle BVP-Ämter niedergelegt und sei im November 1933 zum Selbstschutz der SA-Reserve beigetreten.¹⁸⁴ Hebel selbst notierte in seinem Meldebogen, er sei bereits im Juli 1933 förderndes Mitglied der SS geworden und am 1. Oktober der SA-Reserve beigetreten. Außerdem schloss sich Hebel sechs weiteren NS-Organisationen an und spendete hohe Beträge der SA, der NSDAP-Ortsgruppe Memmingen und dem Winterhilfswerk.¹⁸⁵ Nach Unterlagen aus der NS-Zeit gehörte Hebel seit 1. Mai 1937 der NSDAP an.¹⁸⁶

Seine Firma florierte und expandierte. Während des Krieges baute Hebel für die Organisation Todt und die Wehrmacht in Südfrankreich, Norwegen, Russland, Polen und Litauen. 1932 beschäftigte Hebel eigenen Angaben zufolge 38 Arbeiter, erzielte 142000 RM Umsatz und machte 7900 RM Verlust. 1938 hatte er 180 Arbeiter und erzielte bei 527000 RM Umsatz einen Gewinn von 12937 RM. 1943 erwirtschafteten Hebels 975 Arbeiter einen Umsatz von 8,747 Millionen RM, wovon der Chef 742679 RM als Gewinn auswies.¹⁸⁷ Die Firma Hebel baute die Jägerkaserne in Sonthofen und eine Skischule in Oberjoch für die SS. Entscheidend für Hebel wurde das Projekt der Nazi-Ordensburg in Sonthofen, das der Architekt Hermann Giesler 1936 begann. Gieslers Karriere wurde protegiert von seinem Bruder Paul, dem Gauleiter von München und Oberbayern. Der Architekt Hermann Giesler avancierte 1938 zum »Generalbaurat für die Hauptstadt der Bewegung« und hatte persönlichen Kontakt zu Hitler. Er plante die KZ-Rüstungsbunker in Landsberg und Mühldorf mit. Hebel und Hermann Giesler arbeiteten eng zusammen.¹⁸⁸ Im Juli 1943 erhielt Hebel den offiziellen Auftrag von Giesler, das seit 1931 stillgelegte Sandsteinwerk in Emmering zu nutzen, um Porenbetonplatten zu produzieren. Giesler schrieb an den Brucker Bezirksamtmann Sepp, das Projekt erfolge auf Anweisung des Führers. Hebel und der Besitzer der Emmeringer Firma, Kommerzienrat Josef Rank



*Kreisparteitag der NSDAP
1937 auf dem Volksfestgelände in
Fürstfeldbruck*

Foto: Stadarchiv FFB

aus München, stritten über den Kaufpreis. Den Spruchkammerakten zufolge soll Hebel Rank mit Enteignung gedroht haben. Hebel zahlte 300 000 RM, während Rank anfangs bis zu 700 000 RM verlangt hatte.¹⁸⁹

Die Lage der Zwangsarbeiter in Emmering spielte im Entnazifizierungsverfahren eine große Rolle. Allerdings trat keines der Opfer als Zeuge auf, sondern lediglich deutsche Mitarbeiter, die widersprüchliche Angaben machten. Angeblich waren die Zwangsarbeiter bereits im Sommer 1946 aus dem Landkreis weggebracht und in ein Sammellager nach Wien transportiert worden.¹⁹⁰ Der Ermittler der Spruchkammer Memmingen, der selbst 1943 und 1944 in Emmering gearbeitet hatte, berichtete im September 1947, die »Ostarbeiter« seien sehr schlecht gepflegt worden und hätten nur Rüben und Wasser bekommen. Kinder hätten nur 50 Gramm Brot pro Tag erhalten, Frauen mussten Mörtel und Ziegelsteine schleppen. Der Ermittler selbst sei damals denunziert worden, weil er mit einer russischen Krankenschwester im Kino gewesen sei. Der deutsche Lagerführer Xaver Hefeke habe eine alte, kranke Frau gedemütigt und sie zwangsweise gewaschen. Er sei immer mit einer Hundepeitsche umhergelaufen und habe auf die Köpfe geprügelt. Die Gestapo hätte 1944 vier Arbeiter geholt und in München misshandelt.¹⁹¹ Diese Angaben wurden von den Zeugen Hefeke und Karl Acker teilweise bestätigt.¹⁹² In einem Bericht der Brucker Gendarmerie vom Juni 1944 heißt es, Disziplin und »Arbeitsfreudigkeit« der Zwangsarbeiter hätten nachgelassen und vier Personen seien wegen Hetzpropaganda der Gestapo ausgeliefert worden.¹⁹³ Hefeke erklärte als Zeuge, die Ernährung sei unzureichend und schlecht gewesen und Aufseher hätten die Zwangsarbeiter geprügelt. Er habe ein »besonders schmutziges Weib« einmal auf Anordnung des Lagerarztes gewaschen, sei aber keineswegs mit einer Hundepeitsche, sondern als Gehbehinderter mit einem Spazierstock herumgelaufen.¹⁹⁴

Der ehemalige Betriebsleiter Xaver Sepp bestritt sämtliche Vorwürfe gegen die Firma: Die »Auslandsarbeiter« hätten genug zu essen bekommen, Ausschreitungen gegen diese habe Hebel nie zugelassen.¹⁹⁵ Die Entnazifizierungsakte enthält Dutzende von »Persilscheinen«, darunter solche vom Bischof von Augsburg, von ehemaligen BVP-Parteifreunden und Honoratioren, sowie Briefe von Hebel-Mitarbeitern, die alle darum baten, ihren »Betriebsführer« freizulassen, damit die Firma weiterarbeiten könne. Einer der »Persilschein«-Verfasser, Hans Dopfer, Prokurist der Firma, war selbst förderndes Mitglied der SS gewesen.¹⁹⁶

Widersprüchlich sind die Angaben Karl Ackers, der als Schlosser und Vorarbeiter für Hebel tätig gewesen sein soll. Nach dem Krieg war Acker KPD-Vorsitzender in Augsburg und Beisitzer der dortigen Spruchkammer.¹⁹⁷ Acker entlastete Hebel am 9. März 1946 »im Interesse des Betriebes und des Aufbaues, daß mein Betriebsführer sobald wie möglich zurückkommt«. Hebel habe sich abfällig über das Regime geäußert, eine antifaschistische Haltung eingenommen und sich vorbildlich um die Arbeiter gekümmert, behauptete der KPD-Mann.¹⁹⁸ Eineinhalb Jahre später aber belastete Acker seinen Betriebsleiter schwer. Am 15. September 1947 schrieb er der Spruchkammer Memmingen: »Ich bin durch einen längeren Zeitraum hindurch Zeuge gewesen, wie in seinem Betrieb in unmenschlicher Art und Weise ausländische Arbeitskräfte misshandelt wurden.«¹⁹⁹ Er berichtete, Robert Ley, der Führer der Deutschen Arbeitsfront (DAF), sei mehrfach mit Hebel in Emmering und die beiden »ein Herz und eine Seele« gewesen.²⁰⁰ Hebel habe ihm 1942 auch gedroht, er werde ihn hinbringen, wo er hingehöre. Acker sei daraufhin

auf eine Baustelle nach Russland versetzt worden.²⁰¹ Die Motive für Ackers widersprüchliche Angaben sind aus der Entnazifizierungsakte nicht ersichtlich. Hefeke berichtete bei seiner Vernehmung von einem angeblichen Techtelmechtel Ackers mit einer Russin, weshalb der Vorarbeiter von Emmering nach Memmingen versetzt worden sei.

Hebel selber schrieb im November 1948, er habe in dem Dorf Brody verhungerten jüdischen Menschen Brot gegeben, Juden vor dem Abtransport gewarnt und Fremdarbeiter immer gut behandelt.²⁰² Ein Ingenieur Hebels berichtete ebenfalls, Hebel habe in Osteuropa Juden geschützt, indem er sie dort als Arbeitskräfte einsetzte.²⁰³ Die Mitarbeiter beschrieben ihren Chef als fürsorglich und großzügig.

Als Betriebsleiter hatte Hebel in Memmingen auch eine Betriebsordnung erlassen. In der Fassung vom 1. Mai 1940 heißt es, diese Betriebsordnung sei »Ausdruck eines geschlossenen nationalsozialistischen Willens.«²⁰⁴ Beim letzten Betriebsappell im Januar 1945 soll Hebel nach Angaben eines Zeugen erklärt haben, ein neues Projekt sei ihm aufgezwungen worden, aber: »Wir werden alles daransetzen, um das Projekt durchzuführen, so wie wir es gewöhnt sind, dem Führer zu folgen.«²⁰⁵ An Mitarbeiter, die an der Front kämpften, verschickte die Firma Hebel Feldpostbriefe, die größtenteils Propagandasprüche enthielten: »Unser Führer hat in weiser Voraussicht einmal wieder den richtigen Zeitpunkt erfasst, um der jüdisch-bolschewistischen Verbrecherbande an den Kragen zu gehen«, heißt es im Sommer 1941 nach dem Überfall auf die Sowjetunion in einem Brief an alle Soldaten »aus der Betriebsgemeinschaft Hebel.«²⁰⁶ Im 17. Feldpostbrief vom März 1945 wird von 55 Toten aus der Betriebsgemeinschaft berichtet. Die Werke in Memmingen und Emmering liefen »auf vollen Touren«, denn »all unser Schaffen und Sehnen gilt dem Endsieg.«²⁰⁷

Im Juli 1944 denunzierte Hebel als Leiter des Sonderausschusses Bau des Stadt- und Landkreises Memmingen einen Konkurrenten beim Leiter der Gruppe »Sofortmaßnahmen Memmingen«. Der Inhaber der Firma habe nach einem Bombenangriff nicht die Schäden am Flugplatz und an Rüstungsbetrieben behoben, die wegen des Jägerprogramms wichtig seien, sondern an seinen Barackenteilen weitergearbeitet. Hebel beantragte ein Strafverfahren gegen den Firmeninhaber, dessen Verhalten er als verbrecherisch bezeichnete.²⁰⁸

Die Amerikaner internierten Hebel zunächst im Lager Augsburg-Göggingen. Die Firma und der bayerische Baugewerbeverband beantragten im Frühjahr 1947, das Berufsverbot für Hebel wenigstens zeitweise aufzuheben, weil ohne den Firmengründer Qualität und Umfang der Produktion nachließen. Das Innenministerium unterstützte den Antrag.²⁰⁹ Dagegen protestierte die Spruchkammer Memmingen, dass Hebel vom Treuhänder seiner Firma als Berater eingesetzt würde.²¹⁰ Der Kläger in Memmingen wollte Hebel zunächst als Hauptschuldigen in die Gruppe 1 einreihen.²¹¹ Sein Kollege bei der Hauptkammer in Kempten beantragte im Oktober 1948 nur mehr Gruppe 2. Zwar habe der Betrieb ab 1935 steigende Umsätze verzeichnet und die Gewinne seien in auffallendem Missverhältnis zu den Leistungen gestanden, aber es sei nicht nachzuweisen, dass Hebel Nutznießer des NS-Regimes war.²¹²

Die Hauptkammer stufte Hebel im November 1948 als Mitläufer ein und verhängte eine Buße von 2000 Mark. Hebel habe im Monat nur einen Beitrag von einer Reichsmark an die SS abgeführt, daraus »ist zu schließen, dass er hierzu gezwungen« war. Die Feldpostbriefe an frühere »Gefolg-

schaftsmitglieder« zeugten »von einem wirklich rührenden Mitgefühl der Firma zu ihren einstigen Mitarbeitern«, man habe ihnen Mut und Trost zusprechen wollen. Auch die Hauptkammer vermochte in Hebel keinen NS- und Kriegsgewinnler zu erkennen, vielmehr sei es diesem »durch grosse Geschäftstüchtigkeit und durch seinen Wagemut gelungen [...], sein Unternehmen zu großem Ansehen zu bringen«.¹¹³ Einen Monat später reichte Hebel ein Gnadengesuch ein. Er bat darum, die Verfahrenskosten von 25 588 Mark auf 2558 DM zu reduzieren. Sein Verfahren sei vom Spruchkammervorsitzenden verschleppt worden. Vor der Währungsreform hätte er die Summe in Reichsmark leicht aufgebracht. Obendrein habe »nicht der geringste Nachweis« erbracht werden können, »daß ich auch nur eine Sekunde lang der nationalsozialistischen Weltanschauung gehuldigt habe«. Der Bauunternehmer musste nur 7000 DM zahlen.¹¹⁴ Der entnazifizierte Hebel erhielt seinen Betrieb zurück. Als angesehenen Geschäftsmann wurde er 1956 CSU-Stadtrat in Memmingen. 1964 bekam Hebel das Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und 1970 noch den Bayerischen Verdienstorden verliehen. Außerdem wurde er 1964 zum Ehrenbürger von Emmering ernannt, wo nach ihm auch eine Straße benannt ist.¹¹⁵ Im Frühjahr 2000 erklärte sich das Emmeringer Werk bereit, einen Betrag an die Stiftung der deutschen Wirtschaft »Erinnerung, Verantwortung, Zukunft« zu zahlen, unter der Bedingung, juristisch nicht mehr belangt zu werden.¹¹⁶ Wenig später kaufte die Preussag AG aus Hannover den Betrieb. Die AG zahle einen Pauschalbetrag an die Stiftung, der sich an der Größe des Unternehmens orientiere, erklärte ein Firmensprecher im Herbst 2000.¹¹⁷

Anmerkungen:

- ¹⁰⁴ Schäflein stammte aus Würzburg, geboren 1898, und ließ sich 1918 in Gröbenzell als Zimmermann nieder. Schäflein war aktiver Arbeitersportler und leitete den Verein in Gröbenzell. Ab 1929 gehörte er dem Gemeinderat in Olching an; Archiv SPD Gröbenzell und Auskünfte Kurt Lehnstaedt.
- ¹⁰⁵ StAM, Spruchkammerakte Anton Bauer, Karton 74, Aussage Schäflein, Protokoll Verhandlung Sprk. FFB, 23. 12. 1948.
- ¹⁰⁶ StAM, Bauer, Karton 74, Aussage Schäflein, Protokoll Verhandlung Sprk. FFB, 23. 12. 1948; Attest der Universität München, 12. 10. 1948; Landgerichtsarzt Dr. Arnold an Oberstaatsanwalt München II, 16. 3. 1949; Archiv SPD Gröbenzell und Auskünfte Kurt Lehnstaedt.
- ¹⁰⁷ StAM, Bauer, Karton 74, Aussage Bauer, Protokoll Verhandlung Sprk. FFB, 23. 12. 1948.
- ¹⁰⁸ StAM, Bauer, Karton 74, Aussage Bauer, Protokoll Verhandlung Sprk. FFB, 23. 12. 1948.
- ¹⁰⁹ StAM, Bauer, Karton 74, Formular für Bewerbung Bauers bei der Heereszivilverwaltung.
- ¹¹⁰ StAM, Bauer, Karton 74, Emmer an Personalamt der Gauleitung, 23. 1. 1942.
- ¹¹¹ StAM, Bauer, Karton 74, Arbeitsblatt der Lager-Spruchkammer Augsburg-Göggingen.
- ¹¹² StAM, Bauer, Karton 74, Urteil der Sprk. FFB, 23. 12. 1948.
- ¹¹³ StAM, Bauer, Karton 74, Schreiben Rechtsanwalt, 10. 5. 1950.
- ¹¹⁴ StAM, Spruchkammerakte Max Ritschel, Karton 2776, Protokoll Verhandlung Sprk. FFB, 24. 9. 1948.
- ¹¹⁵ StAM, Ritschel, Karton 2776, Aussage Loichinger, Protokoll Verhandlung Sprk. FFB, 24. 9. 1948.
- ¹¹⁶ StAM, Ritschel, Karton 2776, Protokoll Verhandlung Sprk. FFB, 24. 9. 1948.
- ¹¹⁷ StAM, Bauer, Karton 74, Aussage Ritschel, Protokoll Verhandlung Sprk. FFB, 23. 12. 1948.
- ¹¹⁸ StAM, Ritschel, Karton 2776, Schreiben Kergl, 11. 5. 1935.
- ¹¹⁹ StAM, Ritschel, Karton 2776, Schreiben Emmer, 1. 9. 1937, genehmigter Antrag von Kergl vom 28. 8. 1937 auf Amtsenthebung Ritschels.
- ¹²⁰ StAM, Ritschel, Karton 2776, Urteil Sprk. FFB, 24. 9. 1948.
- ¹²¹ StAM, Spruchkammerakte Georg Moll, Karton 2768, Meldebogen Moll, 27. 8. 1946.
- ¹²² StAM, Moll, Karton 2768, Aussage Moll bei der Landpolizei Olching, 12. 8. 1946.
- ¹²³ StAM, Moll, Karton 2768, Meldebogen Moll, 27. 8. 1946, Protokoll Verhandlung Sprk. FFB, 28. 10. 1946.
- ¹²⁴ StAM, Moll, Karton 2768, Protokoll Verhandlung Sprk. FFB, 28. 10. 1946.
- ¹²⁵ StAM, Moll, Karton 2768, Aussage Ritschel bei der Landpolizei Olching, 6. 8. 1946.

- ¹²⁶ StAM, Moll, Karton 2768, Aussagen Mathias S., Richard K., Max K. und Johann K. am 2. 8. 1946 vor der Landpolizei Olching, ebenso Kurt Lehnstaedt: 1945 – Kriegsende in Gröbenzell. Gröbenzell 2006, S. 12.
- ¹²⁷ StAM, Moll, Karton 2768, Aussage Moll bei der Landpolizei Olching, 11. 8. 1945.
- ¹²⁸ StAM, Moll, Karton 2768, eidesstattliche Erklärung, undatiert.
- ¹²⁹ StAM, Moll, Karton 2768, Urteil Sprk. FFB, 28. 10. 1946.
- ¹³⁰ StAM, Moll, Karton 2768, Berufungskammer München, 13. 10. 1947.
- ¹³¹ StAM, Moll, Karton 2768, Urteil Sprk. FFB, 28. 10. 1948.
- ¹³² StAM, Moll, Karton 2768, Protokoll Berufungskammer München, 13. 7. 1949.
- ¹³³ StAM, Spruchkammerakte Josef Friedinger, Karton 2745, Rechtfertigungsschrift Friedinger, 19. 9. 1948.
- ¹³⁴ StAM, Friedinger, Karton 2745, Rechtfertigungsschrift Friedinger, 19. 9. 1948.
- ¹³⁵ Zit. StAM, Friedinger, Karton 2745, Rechtfertigungsschrift Friedinger, 19. 9. 1948.
- ¹³⁶ StAM, Friedinger, Karton 2745, Arbeitsblatt des öffentlichen Klägers, Angabe US-Militärregierung FFB, Lawrence R. Skelton, 2. 10. 1947.
- ¹³⁷ BA, Friedinger Josef, SS A 00 3, Bild 2990 ff., RS B 0490, Bild 1393 ff.
- ¹³⁸ BA, Friedinger, RS B 0490, Bild 1452–1454.
- ¹³⁹ StAM, Friedinger, Karton 2745, Urteil Sprk. FFB, 6. 10. 1948.
- ¹⁴⁰ StAM, Friedinger, Karton 2745, Abschrift Gendarmerie-Station Grafath, 29. 9. 1935.
- ¹⁴¹ StAM, Friedinger, Karton 2745, eidesstattliche Erklärung Wilhelm Nässl, 8. 9. 1947; Bestätigung Hermann Adam, SPD-Gemeinderat in Kolbermoor, 8. 9. 1947.
- ¹⁴² StAM, Friedinger, Karton 2745, Urteil Sprk. FFB, 6. 10. 1948.
- ¹⁴³ StAM, Spruchkammerakte Karl Stölzle, Karton 2788, Schreiben Neumeier, 2. 5. 1949. Möglicherweise war die Aussicht, dass die Stadt für den Unterhalt der Kinder aufkommen müsste, das Motiv für das Gnadengesuch.
- ¹⁴⁴ StAM, Stölzle, Karton 2788, Arbeitsblatt des Klägers, Stellungnahme Neumeier, 13. 3. 1947.
- ¹⁴⁵ Zit. StAM, Stölzle, Karton 2788, Schreiben Neumeier, 29. 10. 1947.
- ¹⁴⁶ StAM, Stölzle, Karton 2788, Protokoll Verhandlung Sprk. FFB, 21. 10. 1947, Aussagen Ludwig Schmidt und Johann Ledermann.
- ¹⁴⁷ StAM, Stölzle, Karton 2788, Protokoll Verhandlung Sprk. FFB, 21. 10. 1947, Aussage Stölzle.
- ¹⁴⁸ BA, Karl Stölzle, SM S 0031, Bild 2518, Bauleitung Luftkriegsschule FFB, Amtskasse Lohnstelle, Stammkarte Stölzle.
- ¹⁴⁹ BA, Stölzle, PK M 0032, Bild 1454, 1457, StAM, Stölzle, Karton 2788, Strafregister.
- ¹⁵⁰ BA, Stölzle, PK M 0032, Bild 1454, 1457.
- ¹⁵¹ StAM, Stölzle, Karton 2788, Bericht Polizei FFB, 16. 12. 1938.
- ¹⁵² StAM, Stölzle, Karton 2788, Bericht Polizei FFB, 16. 12. 1938.
- ¹⁵³ StAM, Stölzle, Karton 2788, Protokoll Verhandlung Sprk. FFB, 26. 11. 1948.
- ¹⁵⁴ StAM, Stölzle, Karton 2788, Protokoll Verhandlung Sprk. FFB, 21. 10. 1947.
- ¹⁵⁵ BA, Stölzle, SM S 0031, Bild 2534, 2538, 2544.
- ¹⁵⁶ StAM, Stölzle, Karton 2788, Urteil Sprk. FFB, 26. 11. 1948.
- ¹⁵⁷ StAM, Stölzle, Karton 2788, Hauptkammer München, 3. 11. 1949.
- ¹⁵⁸ StAM, Steger, Karton 2787, Klageschrift, 27. 8. 1948.
- ¹⁵⁹ Kurt Lehnstaedt: Das NS-Mahnmal von Gröbenzell. In: Amperland 34/3 (1998), S. 432 ff.
- ¹⁶⁰ Unveröffentlichte Aufzeichnungen von Kurt Lehnstaedt zu Martin Steger.
- ¹⁶¹ StAM, Spruchkammerakte Martin Steger, Karton 2787, Ermittlungsbericht, 19. 7. 1948.
- ¹⁶² StAM, Steger, Karton 2787, Begutachtungen Emmer, 1934, 1936, 1937, 1938, 1939.
- ¹⁶³ Peter Pfister (Hrsg.): Das Ende des Zweiten Weltkriegs im Erzbistum München und Freising, Teil 1. Regensburg 2005, Pfarrei Gröbenzell, Bericht Josef Auer, S. 685.
- ¹⁶⁴ Lehnstaedt (2006), S. 11 ff.; StAM, Steger, Karton 2787, Protokoll Verhandlung Sprk. FFB, 20. 9. 1948.
- ¹⁶⁵ StAM, Steger, Karton 2787, Protokoll Verhandlung Sprk. FFB, 20. 9. 1948, Anlage Schlussausführungen des Betroffenen.
- ¹⁶⁶ StAM, Steger, Karton 2787, Urteil Sprk. FFB, 20. 9. 1948.
- ¹⁶⁷ StAM, Steger, Karton 2787, Berufungskammer München, 2. 6. 1949, Hauptkammer München, 7. 3. 1950.
- ¹⁶⁸ StAM, Spruchkammerakte Hans Steiger, Karton 2787, Schreiben Wachter, 15. 6. 1946; Überprüfungsausschuss beim Landratsamt an die US-Militärregierung, 16. 11. 1945; Schreiben Regierungspräsident an Steiger, 7. 6. 1946.
- ¹⁶⁹ StAM, Steiger, Karton 2787, Meldebogen Steiger, 6. 5. 1946; Omgus-Meldebogen, 14. 11. 1945; Arbeitsblatt des Klägers.
- ¹⁷⁰ StAM, Steiger, Karton 2787, Steiger an Regierungspräsidenten von Oberbayern, 18. 11. 1946.
- ¹⁷¹ StAM, Steiger, Karton 2787, Steiger an Überwachungsausschuss, 14. 11. 1945.
- ¹⁷² StAM, Steiger, Karton 2787, Schreiben CSU, 15. 6. 1946; SPD, 16. 6. 1946; KPD, 17. 6. 1945.
- ¹⁷³ StAM, Steiger, Karton 2787, Kläger, Sühnebescheid, 5. 8. 1946.
- ¹⁷⁴ BA, Hans Steiger, PK L 433, Bild 1058, Emmer an Gauleitung München-Oberbayern, 24. 9. 1940.
- ¹⁷⁵ BA, Steiger, PK L 433, Bild 1070, Emmer an Gauleitung, 18. 9. 1935.
- ¹⁷⁶ StAM, Steiger, Karton 2787, Kläger, Sühnebescheid, 5. 8. 1946.
- ¹⁷⁷ BA, Steiger, PK L 433, Bild 1070, Emmer an Gauleitung, 18. 9. 1935.
- ¹⁷⁸ StAM, Steiger, Karton 2787, Schreiben Gesundheitsamt FFB, unterzeichnet

- Steiger, an Franziska W., Germering, 9. 12. 1936; Bezirksfürsorgerin an Bezirksamt, 16. 7. 1936.
- ¹⁷⁹ StAM, Steiger, Karton 2787, Schreiben Steiger an Bürgermeister Germering, 7. 1. 1937.
- ¹⁸⁰ StAM, Steiger, Karton 2787, Rechtsanwalt Otto Hipp, 21. 2. 1946, 1. 7. 1946.
- ¹⁸¹ Zit. StAM, Steiger, Karton 2787, Steiger an Sprk. FFB, 18. 6. 1946.
- ¹⁸² Auskunft Stadtarchiv FFB, Juli 2006.
- ¹⁸³ Dirk Walter: Das Zwangsarbeiterlager der Firma Hebel in Emmering 1943–45. In: Amperland 37/1 (2001), S. 354 f.; Martin Weimann (Hrsg.): Das nationalsozialistische Lagersystem. Reprint des Catalogue of Camps and Prisons in Germany and German-occupied Territories, 1939–1945. Internationaler Suchdienst Arolsen, Juli 1949, S. 197.
- ¹⁸⁴ StAM, Spruchkammerakte Josef Hebel, Karton 647, Spruchkammer Memmingen, Karteikarte Hebel, Rechtsanwalt Ferdinand Zilcher an Sprk. Memmingen, 30. 10. 1948.
- ¹⁸⁵ StAM, Hebel, Karton 647, Meldebogen Hebel.
- ¹⁸⁶ BA, NSDAP-Gaukartei, Hebel Josef.
- ¹⁸⁷ StAM, Hebel, Karton 647, Meldebogen Hebel, diverse Briefe der Firma aus der NS-Zeit.
- ¹⁸⁸ StAM, Hebel, Karton 647, Schreiben Kläger Memmingen an Hauptkläger Hauptkammer Kempten, 4. 6. 1948; eidesstattliche Erklärung Hebel, 1. 6. 1947; Aussage Karl Häring, Prokurist der Firma Steidele, einer Konkurrentin Hebels, 30. 4. 1947; Walter, S. 353 f.
- ¹⁸⁹ StAM, Hebel, Karton 647, Blatt 51; Walter, S. 354 f.; ebenso: StAM, LRA 189353, Monatsbericht des Bezirksamtmanns, August 1944, darin ist von Zwangsenteignung die Rede und dass sich Rank und Hebel nach elfstündigen Verhandlungen auf einen Preis von 300000 Reichsmark geeinigt hätten.
- ¹⁹⁰ Walter, S. 357.
- ¹⁹¹ StAM, Hebel, Karton 647, Ermittlerbericht Alfred Haugg, 25. 9. 1947.
- ¹⁹² StAM, Hebel, Karton 647, Vernehmung Xaver Hefeke, 23. 6. 1948, Hefeke war selbst NSDAP-Mitglied; Schreiben Karl Acker an Sprk. Memmingen, 15. 9. 1947.
- ¹⁹³ StAM, LRA 189353, Bericht der Gendarmerie FFB, 28. 6. 1944.
- ¹⁹⁴ StAM, Hebel, Karton 647, Vernehmung Xaver Hefeke, 23. 6. 1948; Hefeke gehörte der NSDAP seit 1937 an und gab sich bei der Vernehmung als Helfer des Lagerführers in Emmering aus, während ihn der Ermittler als Lagerführer bezeichnet.
- ¹⁹⁵ StAM, Hebel, Karton 647, Vernehmung Xaver Sepp, Betriebsleiter Emmering, 10. 6. 1948.
- ¹⁹⁶ StAM, Hebel, Karton 647, diverse Schreiben.
- ¹⁹⁷ StAM, Hebel, Karton 647, Schreiben Acker an Sprk. Memmingen, 9. 3. 1946; Ermittlerbericht Alfred Haugg, 25. 9. 1947.
- ¹⁹⁸ StAM, Hebel, Karton 647, Acker, 9. 3. 1946.
- ¹⁹⁹ StAM, Hebel, Karton 647, Schreiben Acker, 15. 9. 1947.
- ²⁰⁰ StAM, Hebel, Karton 647, eidesstattliche Erklärung Acker, 10. 10. 1947.
- ²⁰¹ StAM, Hebel, Karton 647, Ermittlerbericht Alfred Haugg, 25. 9. 1947.
- ²⁰² StAM, Hebel, Karton 647, Schreiben Hebel, 2. 11. 1948.
- ²⁰³ StAM, Hebel, Karton 647, eidesstattliche Erklärung Georg Burkhardt, Memmingen, 31. 10. 1946.
- ²⁰⁴ StAM, Hebel, Karton 647, zweite erweiterte Betriebsordnung, Hebel, Memmingen, 1. 5. 1940.
- ²⁰⁵ StAM, Hebel, Karton 647, eidesstattliche Erklärung Otto Schumann, 10. 10. 1947.
- ²⁰⁶ StAM, Hebel, Karton 647, Feldpostbrief Firma Hebel, 1941.
- ²⁰⁷ StAM, Hebel, Karton 647, 17. Feldpostbrief Firma Hebel, März 1945.
- ²⁰⁸ StAM, Hebel, Karton 647, Schreiben Hebel, 31. 7. 1944.
- ²⁰⁹ StAM, Hebel, Karton 647, Landesstelle für Baustoffe an Sonderministerium, 4. 2. 1947; bayerisches Innenministerium an Baugewerbeverband, 7. 3. 1947; Bayerischer Baugewerbeverband an Sonderministerium, 28. 3. 1947; Firma Hebel an Sonderministerium, 6. 5. 1947.
- ²¹⁰ StAM, Hebel, Karton 647, Sprk. Memmingen, 12. 1. 1948.
- ²¹¹ StAM, Hebel, Karton 647, Kläger Memmingen, 27. 4. 1948.
- ²¹² StAM, Hebel, Karton 647, Kläger Hauptkammer Kempten, 20. 10. 1948.
- ²¹³ StAM, Hebel, Karton 647, Hauptkammer Kempten, 11. 11. 1948.
- ²¹⁴ StAM, Hebel, Karton 647, Hebel an HK Kempten, 30. 12. 1948.
- ²¹⁵ Auskunft Stadtarchiv Memmingen, Frau Schwörer, 2. 8. 2006. *Gemeinde Emmering* (Hrsg.): 1250 Jahre Emmering, Emmering 1990, S. 78.
- ²¹⁶ Süddeutsche Zeitung, Ausgabe FFB, 27. 1. 2000.
- ²¹⁷ Süddeutsche Zeitung, Ausgabe FFB, 28. 10. 2000.

Danksagung
Ich bedanke mich bei Robert Bierschneider, Staatsarchiv München, und Michael Volpert, Stadtarchiv Fürstentfeldbruck, für ihre Hilfe bei der Recherche sowie bei Micky Haque, Berlin, der im Bundesarchiv, dem früheren Berliner Document Center, für mich Akten ausgewertet hat. Kurt Lehnstaedt hat mir wertvolle Hinweise über Ereignisse in Gröbenzell gegeben.

Anschrift des Verfassers:
Peter Bierl, Kirchberg 7, 86938 Schondorf a. A.

Die ehemalige Taferne von Ampermoching

Von Georg Werner

Frühe Nennungen

Der früheste Hinweis auf das Mochinger Dorfwirtshaus fand sich laut Gerhard Hanke¹ im Herdstättenregister des Landgerichts Dachau von 1451, wo ein »Hanns« als Wirt aufgeführt ist. Die zweite Nennung konnte einer Jahrtagsstiftungsurkunde von 1475 für Hainrich und Chatarina Närlmair² entnommen werden, in der ein Steffan Mezger als Wirt erscheint. 1513 taucht ein Conrard Westermair³ als Wirt auf, 1516, 1517, 1522 und zuletzt 1532 ein Cuntz⁴. »Cuntz« ist die Kurz- oder Koseform für Konrad, was auf die gleiche Person hindeutet. Das Wirtshaus wird 1516 als öd beschrieben. 1528 heißt es im Salbuch⁵ des Kastenamtes, dass die »Thaffern zu Moching« im Herbst jährlich eine Gült in Höhe von drei Pfund und 15 Pfennig sowie 12 Pfennig Stiftungsgeld an Hans Urmüller zu bezahlen habe. Hans Urmüller war der Kastner des Herzogs und sein Vertreter als Grundherr.

Brückenlehen und Brückenzoll

Hans Urmüller erhob auch den Brückenzoll zu Ampermoching, da er Pächter des »Prugkhlehen«, also des Brückenlehens war. Das Brückenlehen gehörte vorher, wie es weiter heißt, merkwürdigerweise zum Kasten in Aichach. Als Kasten bezeichnete man früher das »Finanzamt«. Die Abgabe für das Brückenlehen bestand aus 1 Pfund 3 Schilling 1 Pfennig Herbststeuer, aus einer Henne oder sechs Pfennig und

zu Weihnachten aus 2 Schilling Pfennig »Weisat«, einer grundherrlichen Abgabe. Auch Hebertshäuser Bauern mussten für die Benützung Brückenzoll bezahlen. So beurkundeten die Brüder⁶ Wilhelm IV. und Ludwig X., Herzöge von Bayern, am 26. September 1525 das Urteil ihres Hofgerichtes, dass Hans Urmüller von Hans Rößlers Hof in Hebertshausen zwei Metzen Zollhaber (Zollhafer) erheben durfte. Auch der Dorfweiher bestand damals schon, wird doch von einem Weiherlehen berichtet, von dem im Herbst vier Schilling Pfennig und acht Pfennig Stiftungsgeld zu bezahlen waren. 1532 besaß der neue Wirt Jörg Jörig Snagkh⁷ neben der Taferne auch ein Lehen. Unter einem Lehen verstand man an sich einen Viertelhof. Gemeint war aber wohl das Brückenlehen. Gerhard Hanke⁸ berichtet in seinem Beitrag »Der Bäcker in Ampermoching«, dass 1554 Hans Martin als Tafernwirt vom Zoll und vom Brucklehen bis zu 17 Scheffel Hafer einnahm und von einem Fischwasser und einem Häusl weitere 7 fl. Bis zu dem genannten Zeitpunkt mussten die Mochinger ihr Brot beim Wirt besorgen, das dieser am Samstag nach Moching brachte. Im Jahre 1558 verstiftete Simon von Lotzbach⁹ (Simonschmidbauer) einen Anger dem Gotteshaus Ampermoching. Der nicht namentlich genannte Wirt von Moching wollte ihn anpachten, aber der Dachauer Kastner lehnte dies mit der Bemerkung ab, »der wiertt ist nichts werth und Ime diese Anger nit zulassen«, was den Rückschluss zulässt, dass der Wirt kein Ansehen genoss. In den Folgejahren